



Haag: Wohnungsnot wird zur Wachstumsbremse

Landesregierung bleibt tatenlos

Zu Medienberichten, wonach in Baden-Württemberg jährlich 60.000 Wohnungen gebaut werden müssten und insgesamt ein Wohnungsmangel von 196.000 Wohnungen herrsche, äußert sich der wohnungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Friedrich Haag**, wie folgt:

„Der dramatische Wohnungsmangel in Baden-Württemberg spitzt sich weiter zu. Die Studie zeigt deutlich: Der Wohnungsbau im Land bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück - und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Steigende Baukosten, lange Genehmigungsverfahren und immer neue Auflagen bremsen Investitionen aus.

Grün-Schwarz hat den Wohnungsbau ideologisch in ein Korsett gezwängt. Mit PV-Pflicht und anderen Auflagen war die Landesregierung selber Kostentreiber. Maßnahmen wie die Mietpreisbremse schaffen nicht nur keine einzige neue Wohnung, sondern bremsen Investitionen in den Neubau zusätzlich. Wer bezahlbaren Wohnraum will, muss schnelleres Bauen ermöglichen, Verfahren entschlacken und private Investitionen wieder attraktiv machen – statt sie zu verteufeln. Auch die Wiederabsenkung der Grunderwerbsteuer ist längst überfällig.“